



# Interviews

**Datum: 02. März 2023**

**Franziska Giffey, SPD, Berlins Regierende Bürgermeisterin im Gespräch mit Barbara Schmidt-Mattern**

**Barbara Schmidt-Mattern:** Die Zeichen stehen auf Große Koalition in der Bundeshauptstadt. Franziska Giffey müsste damit ihr Amt als Regierende Bürgermeisterin aufgeben, will aber in der Regierung bleiben. Darüber habe ich vor gut 25 Minuten mit ihr gesprochen und sie zunächst gefragt: Wenn Sie in der Regierung bleiben, haben Sie die Wahl dann gar nicht verloren?

**Franziska Giffey:** Wissen Sie, es ist ja eine schwierige Entscheidung, vor der die SPD insgesamt steht. Wir hatten zwei Optionen, eine Regierung zu bilden. Die eine, in dem Bündnis weiterzumachen. Wir hätten damit eine parlamentarische Mehrheit gehabt. Die andere, in ein neues Bündnis zu gehen, und wir haben beides sehr ernsthaft sondiert. Das war auch der Auftrag, den die Partei uns gegeben hat.

Es geht darum, einerseits Respekt auch vor dem Wahlergebnis zu zeigen. Das ist ein sehr schwerwiegendes Wahlergebnis und wir haben ausgelotet, inwieweit wir auch als SPD in dieser Situation den besten Weg für die Stadt finden können und wo wir auch große Schnittmengen finden mit den Partnern, um sozialdemokratische Politik durchsetzen zu können. Denn es ist ja so: Wir sind zweitplatzierte und wir haben den Anspruch, auch weiter diese Stadt mitzugestalten, und die Frage war für uns, wie kann ein echter Neubeginn gelingen, wie können die wichtigen Themen, die die Berlinerinnen und Berliner auch kritisiert haben, in Sachen Wohnungsbau, in Sachen Verkehr, innere Sicherheit, aber auch funktionierende Stadt, wirklich vorangebracht werden, und da sind die Schnittmengen mit der CDU dann im Ergebnis doch größer gewesen.

**Schmidt-Mattern:** Auf die Inhalte kommen wir gleich noch mal zu sprechen, Frau Giffey. Aber zunächst noch mal zurück zur Frage: Es wird kolportiert, Sie könnten als sogenannte Super-Senatorin in ein Kabinett unter Kai Wegner einziehen und im Senat bleiben. Sind Sie nun Wahlgewinnerin oder Wahlverliererin?

**Giffey:** Wissen Sie, man muss immer aus jeder schwierigen Situation auch das Beste machen. Ich habe gesagt, ich bin bereit, meinen Beitrag dazu zu leisten, auch indem ich verzichte auf das Amt der Regierenden Bürgermeisterin. Das heißt aber nicht, dass ich sage, ich mache jetzt nichts mehr für Berlin, sondern wenn meine Partei es wünscht, wenn die CDU mit uns in diese Kooperation gehen will – das wird sie ja heute Nachmittag entscheiden

-, dann bin ich auch bereit, in diesem Senat eine Aufgabe zu übernehmen. Und wie die aussieht, darüber werden wir sprechen.

**Schmidt-Mattern:** Die Wählerinnen und Wähler und ihre Wünsche haben Sie jetzt nicht erwähnt. Ihre Wähler haben aber SPD gewählt und bekommen jetzt dank Ihnen einen CDU-geführten Senat. Kann das richtig sein?

**Giffey:** Zunächst mal möchte ich ganz klar sagen, dass das eine Entscheidung ist, die nicht ich alleine treffe, sondern wir haben uns das wirklich nicht leichtgemacht. Es geht darum, dass wir sondiert haben in den wichtigen Themen für die Stadt und auch klar gesagt haben, wir brauchen ein stabiles Bündnis für die Stadt, ein Bündnis, das pragmatisch und lösungsorientiert arbeitet, dass die Reformen und Vorhaben beschleunigt. Die Wählerinnen und Wähler haben die SPD gewählt, weil wir für soziale Gerechtigkeit eintreten, weil wir für eine bezahlbare Stadt eintreten, weil wir dafür eintreten, dass bei aller ökologischen Entwicklung und auch bei der wirtschaftlichen Entwicklung, die nötig ist für unsere Stadt, das Soziale nicht hinten runterfällt. Und unsere Themen sind die entscheidenden, für die wir auch das Vertrauen der Wählerinnen und Wähler bekommen haben, und die Frage ist, in welchem Bündnis können wir diese Themen am besten umsetzen. Darum geht es und das ist für uns auch die Frage gewesen bei der Entscheidung, in welches Bündnis gehen wir, wo bekommen wir so viel wie möglich auch SPD.

**Schmidt-Mattern:** Sie betonen jetzt schon die vielen Gemeinsamkeiten, die es da offenbar mit der CDU gibt. Deren Landesvorstand will ja heute entscheiden, ob er Koalitionsgespräche mit Ihnen aufnimmt. Das klingt jetzt schon ganz nach einer Liebesheirat?

**Giffey:** Wissen Sie, ein Bündnis einzugehen, bei dem wir das rote Rathaus verlieren, ist keine leichte Entscheidung. Das ist ganz klar. Das ist für uns ...

**Schmidt-Mattern:** also keine Liebesheirat?

**Giffey:** Wir reden hier nicht über Liebe oder nicht Liebe. Wir reden über professionelle Zusammenarbeit für Berlin. Darum geht es und das ist die Frage, wie wir es schaffen, dass die notwendigen Veränderungen in der Stadt, die die Wählerinnen und Wähler auch angemahnt haben am 12. Februar, auch wirklich beschleunigt und umgesetzt werden können und wie ein stabiles Bündnis das auch garantieren kann und wie wir es schaffen, das Zeichen eines echten Neubeginns auch zu setzen. Denn das war der Punkt, dass viele Wählerinnen und

Wähler gesagt haben, kein weiter so. Sonst hätte die bisherige Koalition nicht eine viertel Million Stimmen verloren. Das muss man ernstnehmen und sich fragen, wie kann es weitergehen, und wir kommen zu dem Schluss, dass es mit einem Neubeginn und auch wirklich Veränderungen im Kurs und in der Zusammenarbeit die notwendigen Verbesserungen geben muss, die die Berlinerinnen und Berliner auch angemahnt haben.

**Schmidt-Mattern:** Nun gilt Ihre Berliner Landespartei, die Berliner SPD als eher linker Landesverband. Wie können Sie den Skeptikern – und die gibt es ja auch unter anderem bei den Jusos – in Ihren eigenen Reihen jetzt das Vertrauen geben, dass Sie nicht das Profil verlieren als SPD, als Juniorpartner in einer Großen Koalition?

**Giffey:** Es ist richtig, es gibt auch kritische Stimmen, es gibt auch Skepsis. Natürlich gibt es auch Erfahrungen in Großen Koalitionen und das muss man sehr ernstnehmen. Auch die Themen, die dort gestern im Landesvorstand diskutiert worden sind. Es geht um die Städtevielfalt, es geht um Weltoffenheit, es geht um Antidiskriminierung, aber auch um Gleichstellungsthemen, um eine gute Queer-Politik. Berlin ist Regenbogenhauptstadt. Das muss alles auch einfließen in die Koalitionsverhandlungen. Auch um Arbeitnehmerrechte, um Mieterschutz, um Klimaschutz. Das sind Themen, die wir ganz stark machen werden in den Koalitionsverhandlungen, und da gibt es auch Themen, die für uns nicht verhandelbar sind. Diesen Auftrag aus dem Landesvorstand, den nehme ich sehr ernst und wir werden auch deshalb – das haben wir auch gestern entschieden – ein Mitgliedervotum machen, bei dem alle Mitglieder der SPD befragt werden und ein Votum für den Abschluss dieses Koalitionsvertrages, den wir aushandeln, geben werden.

**Schmidt-Mattern:** Da versuchen Sie jetzt offenbar Wunden zu heilen. Ihre Parteifreunde kreiden Ihnen ja auch Ihre Personalpolitik der letzten Jahre an, dass zum Beispiel der frühere Innensenator, der für das Wahlchaos 2021 verantwortlich war, Mitglied des Senats geblieben ist. War das im Nachhinein ein Fehler?

**Giffey:** Ich weiß, dass es diese Vorwürfe gibt, und das muss man kritisch bewerten.

**Schmidt-Mattern:** Was heißt das?

**Giffey:** Ich denke, dass Andreas Geisel als Wohnungsbausenator wichtig war im letzten Jahr für die Stadt und auch sehr viel vorgebracht hat. Wir werden jetzt bei der Frage, wie der neue Senat aufzustellen ist, da s mit der CDU besprechen. Die Frage des Personals ist die,

die am Schluss behandelt wird. Es muss ein Gesamtkonzept sein und selbstverständlich wird die Partei da auch mitgenommen. Wir werden erst einmal jetzt aber über die Inhalte reden. Wir müssen auch erst mal heute abwarten, wie die CDU sich entscheidet, und dann müssen Koalitionsverhandlungen sehr ernsthaft geführt werden. Da wird die Partei einbezogen sein. Es wird Arbeitsgruppen geben mit breiter Beteiligung und dann wird über die anderen Themen gesprochen. Das ist jetzt noch nicht das Thema.

**Schmidt-Mattern:** Frau Giffey, Grüne und Linke, Ihre bisherigen Koalitionspartner sind eingeschleppt, sagen, sie hätten aus der Presse von Ihren Plänen erfahren, in die GroKo zu gehen. Ist das guter Stil untereinander?

**Giffey:** Wissen Sie, der Punkt ist ja, dass wir ganz klar immer noch eine Situation hatten, bei der die Grünen ja auch noch verhandelt haben mit der CDU. Wir müssen zu allererst unsere Partei mitnehmen und ich bin da auch immer wieder ein bisschen irritiert, dass Dinge durchgestochen werden, und ich ...

**Schmidt-Mattern:** Sie hätten ja Ihre Koalitionspartner selbst informieren können, was Sie vorhaben.

**Giffey:** Zuerst mal informiere ich meine Partei und wir müssen das erst mal in den Parteigremien besprechen. Außerdem hätten auch die Grünen genauso uns ein klareres Signal geben können. Wir haben eher Signale bekommen, dass Ziele, die uns wichtig waren, relativiert werden, dass es ein sehr veritables Interesse gibt, mit der CDU in ein Bündnis zu gehen. Für uns war erst mal als Partei wichtig, dass wir eine Positionierung hinbekommen. Dass das dann auch nach außen dringt, ist wahrscheinlich mittlerweile auch Teil des politischen Geschäfts. Das kann ich nur begrenzt steuern. Aber für mich war erst mal wichtig, dass wir in unserer Partei die notwendigen Gespräche führen, und selbstverständlich werde ich auch Kontakt zu unseren Koalitionspartnern aufnehmen. Wir haben ja auch noch eine Übergangszeit, die gestaltet werden muss.

*Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.*